



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 25

24.07.2015

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	4
GRUNDLAGE FÜR ATTRAKTIVE UND LEBENDIGE INNENSTÄDTE	4
SPIELERPAUSEN UND NEUE SPERRZEITEN VERBESSERN SPIELERSCHUTZ	5
BERUFS- UND STUDIENORIENTIERUNG IN RHEINLAND-PFALZ VORBILDLICH	5
TERMINE	7
ZAHLEN UND FAKTEN	9



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit der Debatte zum Nachtragshaushalt der Landesregierung, der Verabschiedung des Landesglücksspielgesetzes sowie des LEAP-Gesetzes ist die letzte Plenarwoche vor der Sommerpause zu Ende gegangen.

Das Land mit ***unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer*** an der Spitze ist ein verlässlicher Partner der Kommunen – dafür steht der nun von ***unserer Finanzministerin Doris Ahnen*** eingebrachte Nachtragshaushalt 2015. Die zusätzlichen Landesmittel sind eine passgenaue Antwort auf die aktuellen Herausforderungen durch die Aufnahme von Flüchtlingen und den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige (U3). Mit den erheblichen Landesmitteln für Flüchtlinge und den U3-Ausbau zeigt das Land, dass es ein starker und verlässlicher Partner der Kommunen ist. Dabei gilt: Der Nachtragshaushalt ist solide finanziert, die Schuldenregeln werden eingehalten und der Konsolidierungskurs wird konsequent fortgesetzt.

Auch der erhebliche Landesanteil an den Mitteln aus dem Kommunalinvestitionsförderungs fonds des Bundes in Höhe von 31,7 Millionen Euro ist ein Beleg dafür, dass das Land Verantwortung für unsere Kommunen übernimmt. Allein 25 Millionen Euro aus den KIG-Mitteln werden in den U3-Ausbau investiert werden.

Im Interesse der Kommunen hat die Landesregierung auch gegenüber dem Bund sehr gute Verhandlungserfolge erreicht:

- Beim Kommunalinvestitionsförderungsgesetz haben wir einen um 78 Millionen Euro höheren Anteil an den Bundesmitteln erreicht, als nach dem üblichen Verteilungsschlüssel zu erwarten gewesen wäre.
- Nicht zuletzt dem beharrlichen Druck ***unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer*** ist es zu verdanken, dass der Bund endlich seine Verantwortung in der Flüchtlingsfrage anerkennt und bereit ist, einen strukturellen Finanzierungsbeitrag zu leisten. Dem müssen nun klare Zusagen zugunsten der Länder und Kommunen folgen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Woche eindeutig bestätigt, dass das von der CSU vorangetriebene Betreuungsgeld nicht verfassungskonform ist. Die Entscheidung des

Bundesverfassungsgerichts begrüßen wir ausdrücklich, denn das Betreuungsgeld steht für uns für eine rückwärtsgewandte Familienpolitik. Für die SPD-Landtagsfraktion ist klar: Wir möchten im Land eine moderne Familienpolitik und setzen konsequent auf den Ausbau der frühkindlichen Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur und weitere Kita-Gebührenfreiheit. Dies ist nicht nur im Interesse der Eltern für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern fördert auch die Bildungsgerechtigkeit. Die nun frei werdenden Mittel müssen schnellstmöglich in den weiteren Ausbau der frühkindlichen Betreuungseinrichtungen investiert werden, um den Bedürfnissen junger Familien mit Kindern wirklich gerecht zu werden.

Im Sinne der betroffenen Eltern ist die Bundesregierung nun in der Pflicht, Regelungen zu finden, den betroffenen Familien einen Bestandsschutz zu gewähren: Es kann nicht sein, dass die verfehlte Politik von CDU und CSU nun auf dem Rücken der Familien ausgetragen wird.

Den Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion eines „Landesfamiliengeldes“ halte ich für absurd – einerseits ein Landesfamiliengeld vorzuschlagen und andererseits mit der Klöckner-Steuer die Wiedereinführung von Kita-Gebühren zu fordern.

In der nächsten Woche befinde ich mich auf meiner Sommertour durch Rheinland-Pfalz. Ich freue mich auf die spannenden Begegnungen und Gespräche.

Mit dem Beginn der plenarfreien Zeit verabschiedet sich auch „SPD-Fraktion direkt“ in die Sommerpause. Im Herbst werden wir weitere wichtige Initiativen für das Land in Angriff nehmen, auf die ich bereits jetzt einen Ausblick geben möchte:

- Wir wollen die unmittelbare Demokratie in Rheinland-Pfalz weiter stärken. Dafür bringen wir ein Landesgesetz auf den Weg.
- Wir wollen die Wettbewerbsbedingungen der mittelständischen Wirtschaft in Rheinland-Pfalz weiter verbessern. Dafür reformieren wir im Dialog mit der Wirtschaft das Mittelstandsförderungsgesetz.

Im September melden wir uns voller Energie und mit frischen Ideen für unser Land zurück, bis dahin wünsche ich erholsame und schöne Sommerferien!



Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Grundlage für attraktive und lebendige Innenstädte

Anlässlich der Verabschiedung des neuen Gesetzes über „Lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte“ (LEAPG) erklärte unser wirtschaftspolitischer Sprecher **Jens Guth**: *„Mit der Schaffung der landesgesetzlichen Grundlage zur Errichtung von ‚Lokalen Entwicklungs- und Aufwertungsprojekten (LEAP)‘ schaffen die Regierungsfractionen die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches, lokales Wirtschaften in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden. Gewerbetreibende und Grundstückseigentümer erhalten damit ein Instrument zur eigeninitiativen und bedarfsgerechten Aufwertung ihres lokalen Geschäftsumfelds. Das Engagement und die Fachkompetenz privater Akteure kann so für die Stärkung eines innerstädtischen Quartiers gebündelt werden.“*

Bislang fehlt in Rheinland-Pfalz eine gesetzliche Grundlage für solche Projekte. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen aber deutlich, dass solche Projekte dazu beitragen können, Straßenzüge und Quartiere aufzuwerten. Passanten und Käufer werden angezogen, und die Standortbedingungen für den Einzelhandel werden verbessert.

Das LEAP-Gesetz ist in einem ausgiebigen Gesprächsprozess mit Gewerbetreibenden, kommunalen Entscheidungsträgern und den Industrie- und Handelskammern entstanden. Städte und Gemeinden versetzen wir durch die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen in die Lage, private Initiativen aus Gewerbetreibenden und Grundstückseigentümern besser als bislang zu unterstützen und verbindlich organisatorisch begleiten zu können. Im Gegensatz zu Marketingvereinen rein privater Ausprägung stehen ‚Lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte‘ auf der Basis kommunaler Satzungen und finanzieren sich durch grundstücksbezogene Abgaben aller profitierenden Eigentümer. Kommunale Aufgaben der Daseinsfürsorge sind von dem neuen Gesetz nicht betroffen und werden durch die ‚Lokalen Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte‘ auch nicht ersetzt. Durch die Einführung von verbindlichen Quoren stellen wir sicher, dass ein solches Projekt nur dort entstehen kann, wo es auch sinnvoll ist: Dort, wo die Mehrheit der Betroffenen an einem Strang ziehen.

Spielerpausen und neue Sperrzeiten verbessern Spielerschutz

Anlässlich der Verabschiedung des neuen Landesglücksspielgesetzes im rheinland-pfälzischen Landtag erklärte unser zuständiger Abgeordneter **Michael Hüttner**: „Im Sinne des Spielerschutzes haben wir einige wichtige Änderungen des Landesglücksspielgesetzes beschlossen. Für die Landtagsfraktionen war die Stärkung von Elementen zur Prävention von Spielsucht ein zentrales Anliegen. Die Fraktionen haben nach der Anhörung von Suchtpräventionsexperten und Industrievertretern gemeinsam einige substantielle Ergänzungen am Reformwerk vorgenommen, die besonders schützenswerte Gruppen wie gefährdete Spieler und Jugendliche von gefährdendem Verhalten abhalten sollen. So haben wir mit der Einführung einer selbstaufgelegten, zeitlich befristeten Spielerpause ein niedrigschwelliges Instrument für Menschen geschaffen, die an sich selbst ein problematisches Spielverhalten feststellen und erste Schritte zur Besserung ihrer Situation einleiten wollen. Die neuen Sperrzeiten für Spielautomaten in Spielhallen und in Gaststätten von 2 Uhr nachts bis 8 Uhr morgens tragen insbesondere dem Schutz von Minderjährigen Rechnung. Sie ermöglichen aber weiterhin ein verantwortungsvolles Spiel von Erwachsenen. Schülerinnen und Schüler werden künftig nicht mehr in Versuchung geführt, bereits vor Schulbeginn ein Paar Euro in die Daddelkiste zu werfen.“

Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Einführung von verpflichtenden hohen Standards für die Schulung von Mitarbeitern begrüßen wir ausdrücklich. Sie stellen eine wirkliche Verbesserung dar, denn nur entsprechend geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Lage, problematisches Spielverhalten frühzeitig zu erkennen. Auch bei der neuen landesweiten Sperrdatei handelt es sich um ein nützliches Instrument zur Suchtprävention – Rheinland-Pfalz ist eines der ersten Bundesländer, das eine solche Datei auf Landesebene einführt.

Berufs- und Studienorientierung in Rheinland-Pfalz vorbildlich

Unsere Bildungsministerin Vera Reiß hat in dieser Woche ein verbindliches Konzept zur Berufs- und Studienorientierung an allen rund 400 weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz vorgestellt. Dazu erklärte unsere bildungspolitische Sprecherin **Bettina Brück**: „Das heute vorgestellte Konzept zur Berufs- und Studienorientierung von jungen Menschen unterstreicht das Bekenntnis der Landesregierung zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und greift Forderungen von Schulen, der Wirtschaft, den Eltern sowie des Parlaments auf.“ Bereits Anfang 2014 hat die rot-grüne Regierungskoalition in einem Antrag



Vorschläge zur weiteren Stärkung der Berufsorientierung an Schulen formuliert (Drucksache 16/3204).

Das bereits vorhandene breite Angebot der Berufsorientierung insbesondere an den Realschulen Plus wird ab dem kommenden Schuljahr ergänzt durch den für alle weiterführenden Schulen verpflichtenden Tag der Berufs- und Studienorientierung ab der 8. Jahrgangsstufe. Besonders zu begrüßen ist dabei der nachhaltige, zweistufige Ansatz: Der Orientierungstag wird zukünftig einmal in der Mittel- und einmal in der Oberstufe stattfinden und trägt dadurch der persönlichen Entwicklung der Jugendlichen und ihrer Interessen Rechnung. Das ist bundesweit vorbildlich! Erfreulich ist außerdem, dass der neue Beratungstag durch die Einbeziehung vieler Experten wie der Bundesagentur für Arbeit, der Kammern und der Berufsbildenden Schulen keine zusätzliche Arbeitsbelastung für die Lehrkräfte darstellt, sondern den Schulen im Gegenteil zusätzliche Serviceangebote und Unterstützungsmöglichkeiten durch die Landesregierung zur Verfügung gestellt werden. Abgerundet wird das ganzheitliche Konzept durch die Entwicklung einer Smartphone-App, die es Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz zukünftig ermöglicht, sich zeitgemäß und individuell über mögliche Berufswege zu informieren.

TERMINE

SOMMERTOUR VON ALEXANDER SCHWEITZER



„Rheinland-Pfalz ist ein überaus vielfältiges und vielschichtiges Land. Auf meiner Fünf-Tages-Tour will ich unzählige Menschen treffen und Eindrücke sammeln – bei erfolgreichen Betrieben, bei bemerkenswerten Initiativen und an touristischen Orten. Es geht darum, ungefiltert Informationen zu sammeln und auch zu erfahren, wo der Schuh drückt.“

21 Termine, über Tausend Kilometer Wegstrecke und rund 100 Gespräche: **Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** ist in der kommenden Woche, vom 27. bis 31. Juli, auf Sommertour durch Rheinland-Pfalz. Von Montagmorgen bis Freitagnachmittag geht es kreuz und quer durchs Land, vom Süden in den Norden und vom Westen in den Osten.

■ MONTAG [27. JULI]

- 10 Uhr, Trier, Unternehmensbesuch der Schloss Wachenheim AG
- 14 Uhr, Bitburg, Besuch der Bitburger Braugruppe mit **Nico Steinbach**
- 16 Uhr, VG Südeifel, Besuch der Ortsgemeinde Geichlingen (Sieger im Kreiswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"), vorgesehen ist unter anderem ein Besuch im Möbelhaus, Küchencenter und Schreinerei Thiex
- 19.30 Uhr, Burgbrohl (Landkreis Ahrweiler), Grillfest mit **Marcel Hürter** auf Schloss Burgbrohl

■ DIENSTAG [28. JULI]

- 9.30 Uhr, Verbandsgemeinde Gebhardshain (Landkreis Altenkirchen), Besuch der Firma AMS Metallbautechnik GmbH mit Thorsten Wehner in Ortsgemeinde Elkenroth
- 13.00 Uhr, Braubach am Rhein, Besuch der Marksburg mit **Roger Lewentz**
- 16.00 Uhr, VG Cochem (Landkreis Cochem-Zell), Besuch der Sportbootschule/Bootsverleih „RIVER and SUN“ und des Campingplatzes "Treis" mit **Heike Raab** und **Benedikt Oster**

- 19 Uhr, VG Emmelshausen (Rhein-Hunsrück-Kreis), Wanderung durch die Erhbachklamm und Besuch des AWO Kinderferienlagers in Beulich gemeinsam mit **Joachim Mertes**

■ MITTWOCH [29. JULI]

- 9 Uhr, Mainz, Unternehmensbesuch bei Thesius mit **Johannes Klomann**
- 10 Uhr, Mainz, Unternehmensbesuch bei Eulchen Bier mit **Johannes Klomann**
- 13 Uhr, Hahn-Airport, Besuch der HAITEC Aircraft Maintenance GmbH mit **Bettina Brück**
- 15.30 Uhr, VG Herrstein (Landkreis Birkenfeld), Besuch der K.-H. Müller Präzisionswerkzeuge GmbH in Sien mit **Hans Jürgen Noss**
- 17.30 Uhr, VG Kirn-Land (Landkreis Bad Kreuznach), Besuch des Skywalk Hochstetten-Dhaun mit **Denis Alt**
- 18.30 Uhr, VG Bad Sobernheim (Landkreis Bad Kreuznach), Betriebsbesichtigung der Winzergenossenschaft Rheingrafenberg in Meddersheim

■ DONNERSTAG [30. JULI]

- 9 Uhr, Mainz, Besuch der Ferienbetreuung der "Grundschule am Gleisberg" gemeinsam mit **Doris Ahnen**
- 11 Uhr, Wörrstadt, Besuch der Firma Thimm Display mit **Heiko Sippel**
- 13.30 Uhr, Eich (Landkreis Alzey-Worms), Besuch eines Ferienspieltages für 20 Kinder mit **Kathrin Anklam-Trapp**
- 19.30 Uhr, VG Weilerbach (Landkreis Kaiserslautern), "Stammtisch" mit **Daniel Schöffner** in Weilerbach

■ FREITAG [31. JULI]

- 9.30 Uhr, Zweibrücken, Unternehmensbesuch/Gespräch beim "The Style Outlets" mit **Fritz Presl**
- 11.00 Uhr, Zweibrücken, Besichtigung und Fototermin auf dem Werksgelände "John Deere" mit **Fritz Presl**
- 14 Uhr, Kaiserslautern, Besuch des Instituts für Verbundwerkstoffe mit **Thomas Wansch**

ZAHLEN UND FAKTEN

Gute Nachricht für Menschen und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz: Bundesverkehrsminister Dobrindt hat am Montag angekündigt, dass der Bund insgesamt 293 Millionen Euro in den Erhalt und den Ausbau der Bundesfernstraßen in Rheinland-Pfalz investieren wird. Durch die vorausschauende Planung der Landesregierung und des Landesbetriebs Mobilität (LBM) ist Rheinland-Pfalz unter den vier Flächenländern, die am stärksten vom Infrastrukturprogramm des Bundes profitieren.

